

g<sup>hjjhj</sup>

# „Steuerreform finanziert

■ Der Vorarlberger Bernhard Themessl ist FPÖ-Nationalratsabgeordneter und Experte, wenn es um Wirtschaftsfragen geht. Im NFZ-Interview spricht er über das derzeit aktuelle Thema einer Steuerreform. Der Abgeordnete versteht bei diesem Thema das derzeitige

*NFZ: Herr Abgeordneter Themessl, die SPÖ will eine Steuerreform schon 2009, die ÖVP erst 2010. Welcher Zeitpunkt wäre am besten?*

**Themessl:** Am besten wäre Anfang 2007 gewesen. Heute sehe ich jenen Termin als optimal an, der zu einer raschen Steuerentlastung der Bürgerinnen und Bürger führt. Im Klartext heißt das, so schnell wie möglich!

*NFZ: Molterer argumentiert, daß eine vorgezogene Steuerreform zu Lasten der jungen zahlenden Generation erfolgt. Was sagen Sie dazu?*

**Themessl:** Blanker Unsinn! Eine Steuerreform, die gut durchdacht und strukturiert ist und den Bürgerinnen und Bürgern die notwendige Kaufkraft wieder zurückgibt, finanziert sich zum Großteil von selbst. Der Finanzminister hat allein im Jahr 2007 Mehreinnahmen von 1,5 Mrd. Euro gegenüber den vorgesehenen und budgetierten Einnahmen. Die Einnahmen werden auch 2008 weiter sprudeln und dem Finanzminister kein Kopfzerbrechen bereiten.

*NFZ: Bedeutet eine Steuerreform weniger Einnahmen für den Staat? Wenn ja, wird bei den Ausgaben gespart?*

**Themessl:** Nein. Wir sehen beispielsweise bei der Körperschaftsteuer (KöSt) – das ist jene Steuer die Kapitalgesellschaften in unserem Land bezahlen müssen –, daß eine Senkung des Steuertarifs Sinn macht und zu deutlichen Mehreinnahmen führen kann. Die KöSt-Einnahmen sind z.B. von 2006 auf 2007 um 900 Mio. Euro gestiegen. Auch unsere Nachbarländer (Tschechien, Slowakei,...) haben deutliche Steuersenkungen durchgeführt und teilweise eine sogenannte Flat-Tax eingeführt.

Auch dort zeigt sich, daß die Steuereinnahmen gestiegen sind und weit über den Erwartungen liegen.

*NFZ: Muß der Staat sparen?*

**Themessl:** Grundsätzlich hat der Staat nach den Prinzipien der Sparsamkeit, Transparenz und Wirtschaftlichkeit mit den Steuergeldern der Bürgerinnen und Bürger umzugehen. Die Bundesregierung streitet heute lieber, als daß sie die Reformvorschläge, die am Tisch liegen, durchführt. So haben der Österreich-Konvent, aber auch zahlreiche Experten sowie der Rechnungshof mehrmals aufgezeigt, wo Einsparungspotenziale liegen. Es wäre ein leichtes Stück, wenn die Regierung arbeitet und diese Staats- und Verwaltungsreformen durchführt und so Ausgaben in Milliardenhöhe einspart. Darüber hinaus wäre eine echte Budgetdisziplin für zukünftige Generationen wichtig und verantwortungsvoll.

*NFZ: Welche Maßnahmen würden Sie für eine Steuerreform setzen? Kann sich Österreich eine Steuerreform leisten?*

**Themessl:** In einem ersten Schritt ist eine Tarifreform unabdingbar, denn Leistung muß sich wieder lohnen! Die „kalte Progression“ ist in Zukunft zu vermeiden. Daß heißt, wir müssen jenen Grenze, bei der heute ein Steuertarif von 50 Prozent zur Anwendung kommt deutlich anheben und die unteren „Stufen“ dementsprechend ausweiten. Das hat zur Folge, daß mittlere und höhere Einkommen steuerlich entlastet werden. Für geringere Einkommen, die heute keiner Einkommenssteuer unterliegen, muß ebenfalls etwas passieren, denn auch diese Personengruppe leiden massiv unter der täglichen Teuerungswelle. Wie ich schon erwähnt habe, wird sich eine nachhaltige



Bernhard Themessl will bei der Steuerprogression eine Entlastung. Jene Stufe, bei der ein Steuertarif von 50 Prozent erfolgt, muß deutlich angehoben werden. Die unteren Stufen ausgeweitet werden.

Aus  
ihrer  
Sicht

**Trotz Arbeit arm**

Von Bundesrätin  
Monika Mühlwerth  
Obfrau der  
„initiative Freiheitliche Frauen“  
monika.muehlwerth@fpoe.at

# sich von selbst!“

**Theater der beiden Großparteien nicht. Eine Steuerreform sei notwendig und würde sich zum Großteil von selbst finanzieren. Er legt die Antworten auf den Tisch:**

und schlüssige Tarifreform zum Großteil von selbst rechnen. Schlußendlich wird es auch noch so sein, dass durch eine deutliche Steuerentlastung die Schwarzarbeit zurückgedrängt wird – da sie unattraktiver sein wird – und zusätzliche Einnahmen für die Sozialversicherungen lukriert werden können. Daher wird sich Österreich eine Steuerreform leisten müssen. Das übermäßige

setzen und über die positiven Elemente einer Steuer- oder Tarifreform nachzudenken. Von der ÖVP wissen wir, daß sie den Mittelstand schon mehrmals sträflich vernachlässigt hat und von der SPÖ ist in Sachen Mittelstandsentslastung noch nie etwas gekommen. Ich hoffe aber, daß die Regierung diesmal auf die Stimmen der Experten und der verantwortungsbewußten Politiker hört, und eine Entlastung des Mittelstandes sowie der KMUs durchführt.

**Bernhard Themessl:** „Es ist heute ungerecht, daß Familien mit Kindern im Verhältnis zu anderen gleich viel Einkommenssteuer bezahlen müssen. Aber gerade der Nachwuchs ist für ein Land wie Österreich von immanenter Bedeutung.“

Abkassieren bei Löhnen und Gehältern muß ein Ende haben, wir brauchen wieder eine entsprechende Kaufkraft in unserm Land.

**NFZ:** In der Zeit der FPÖ-ÖVP-Regierung gab es eine Steuerreform. Waren die damaligen Reformen sinnvoll?

**Themessl:** Die Senkung der Körperschaftsteuer war sicher sinnvoll und ein erster richtiger Schritt. Leider folgten keine weiteren Entlastungsschritte und der Mittelstand sowie die KMUs blieben auf der Strecke. Die Verantwortung dafür trägt die damals ÖVP dominierte Regierung. Es kommt mir manchmal so vor, als ob der Mittelstand bewußt ausgeblutet wird.

**NFZ:** Glauben sie, daß die SPÖ-ÖVP-Regierung bei ihrer Steuerreform den falschen Weg geht?

**Themessl:** Ja, weil sie grundsätzlich von einer falschen Annahme ausgeht. Es wird monatelang über die Finanzierungsmöglichkeit gestritten, anstatt sich an den Tisch zu

**NFZ:** Was halten Sie von einer „Flat Tax“?

**Themessl:** Der Name „Flat Tax“ wurde in Österreich leider kaputt geredet. Der Ansatz selbst ist jedoch ein durchaus vernünftiger. Wir sollten bei einer großen Neuordnung der Einkommensbesteuerung darüber nachdenken, wie wir Elemente eines flachen Steuersatzes mit freiheitlichen Themen, wie beispielsweise die Familie, verknüpfen können.

Es ist heute ungerecht, daß Familien mit Kindern im Verhältnis zu anderen gleich viel Einkommenssteuer bezahlen müssen. Aber gerade der Nachwuchs ist für ein Land wie Österreich von immanenter Bedeutung.

**NFZ:** Sie als Abgeordneter haben stets eine weiten Weg aus Vorarlberg. Wie sieht in der Regel ihre Arbeitswoche aus?

**Themessl:** Als selbständiger Unternehmer mit zehn Mitarbeitern und Abgeordneter ist der Zeitaufwand enorm. 80 Stunden-Wochen sind „normal“ und daher keine Seltenheit. Ich lade jeden ein, mich eine Woche zu begleiten.

**NFZ:** Herr Abgeordneter, vielen Dank für das Gespräch **r.l.**



## Belakowitsch-Jenewein neue Obfrau

### FPÖ-Parteitag in Ottakring

■ Beim Bezirksparteitag der FPÖ-Ottakring gab es eine Erneuerung der kompletten Führungsspitze. Die bisherige geschäftsführende Obfrau und Nationalratsabgeordnete Dagmar Belakowitsch-Jenewein wurde in einer Kampfabstimmung zur neuen Obfrau gewählt. Noch vor zwei Jahren kam es bei dem Match um den Bezirksparteiobmann zu einem Gleichstand, bei dem das Los für den Bezirks-

Klubobmann Christian Hein entschied. Doch heuer setzte sich die Nationalratsabgeordnete Belakowitsch-Jenewein mit mehr als 90 Stimmen klar gegen Christian Hein durch, der diesmal nur von rund 20 Delegierten das Vertrauen erhielt. In weiterer Folge des Parteitages setzte die neue Obfrau auch ihre Wahlvorschläge für ihre Stellvertreter, die Bezirksleitung und die Delegierten zum Landesparteitag durch. **r.l.**



### FPÖ-Parteitag in Floridsdorf

■ Der bisherige Bezirkschef der FPÖ-Floridsdorf, Wolfgang Irschik, berichtet von einem harmonischen Parteitag. Irschik, der auch Klubobmann der FPÖ im 21. Bezirk ist, wurde ebenso einstimmig bestätigt, wie seine Stellvertreter LAbg. David Lasar, Bezirksrat Prof. DI Dr. Kurt Mörz und Bezirksrätin Christine Vadura. Die FPÖ-Floridsdorf ist im Bezirk zweitstärkste Kraft und stellt mit Gerda Pirochta auch einen Bezirksvorsteher-Stellvertreter.



Bezirksparteiobmann Wolfgang Irschik bei seiner Rede.